Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

37. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 29. August 1983	Nummer 37
	· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	

Glied. Nr.		Datum	lohait	Seite
2030 0	1.	8. 1983	Verordnung über die Einstellungs- und Ernennungsvoraussetzungen für Akademische Räte und Akademische Oberräte im Beamtenverhältnis auf Zeit	302
	18.	7. 1983	Bekanntmachung in Enteigunungssachen Öffentliche Bekanntmachung über eine Nachtragsgenehmigung vom 25. Mai 1983 für den Forschungs- reaktor FRJ – 2 (DIDO) der Kernforschungsanlage Jülich GmbH (Nachtrag zu den Bescheiden Nr. 7/9 – KFA – FRJ – 2 und Nr. 9/67)	302
			Detum der Rekenntmechung: 20. August 1983	302

20300

Verordnung über die Einstellungs- und Ernennungsvoraussetzungen für Akademische Räte und Akademische Oberräte im Beamtenverhältnis auf Zeit

Vom 1. August 1983

Aufgrund des § 203 a Abs. 2 des Landesbeamtengesetzes (LBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Mai 1981 (GV. NW. S. 234), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. Juli 1983 (GV. NW. S. 236), wird im Einvernehmen mit dem Innenminister und dem Finanzminister verordnet:

8

Wissenschaftliche Mitarbeiter können zur Erbringung wissenschaftlicher Dienstleistungen, die zugleich ihrer wissenschaftlichen Weiterbildung dienen sollen, an den wissenschaftlichen Hochschulen in ingenieurwissenschaftlichen Fächern nach näherer Bestimmung der §§ 2 und 3 zum Akademischen Rat oder zum Akademischen Oberrat im Beamtenverhältnis auf Zeit ernannt werden.

8 2

- (1) Als Akademischer Rat oder Akademischer Oberrat im Beamtenverhältnis auf Zeit kann eingestellt werden, wer
- ein den Anforderungen der dienstlichen Aufgaben entsprechendes Studium in einem wissenschaftlichen Studiengang abgeschlossen hat.
- eine auf die dienstlichen Aufgaben hinführende Promotion nachweist.
- 3. eine hauptberufliche Tätigkeit von drei Jahren und sechs Monaten nach Abschluß des Studiums oder von einem Jahr nach Abschluß der Promotion abgeleistet hat, die der Vorbildung des Bewerbers entspricht und die ihm die Eignung zur Erfüllung seiner dienstlichen Aufgaben vermittelt hat,
- bei der ersten Berufung das 34. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.
 - (2) An die Stelle der Promotion kann treten
- a) im Fach Architektur eine über dem Durchschnitt liegende Diplomprüfung oder eine entsprechende Qualifikation,
- b) ausnahmsweise eine der Promotion gleichwertige wissenschaftliche Leistung,

wenn der Bewerber die Zulassungsvoraussetzungen gemäß § 94 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen erfüllt.

(3) Der Minister für Wissenschaft und Forschung kann mit Zustimmung des Innenministers und des Finanzministers Ausnahmen von Absatz I Nr. 4 zulassen.

§ 3

- (1) Bei der ersten Berufung in ein Beamtenverhältnis auf Zeit erfolgt die Ernennung zum Akademischen Rat, bei der erneuten Berufung kann die Ernennung zum Akademischen Oberrat erfolgen.
- (2) Sofern Art und Umfang der dem Beamten übertragenen wissenschaftlichen Dienstleistungen dies in besonderem Maße rechtfertigen, kann bereits während der ersten drei Jahre mit Zustimmung des Ministers für Wissenschaft und Forschung im Einvernehmen mit dem Innenminister und dem Finanzminister die Ernennung zum Akademischen Oberrat erfolgen.

§ 4

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 1. August 1983

Der Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen

Hans Schwier

- GV. NW. 1983 S. 302.

Bekanntmachung in Enteignungssachen Vom 18. Juli 1983

lch zeige hierdurch an, daß folgende Anordnung des vereinfachten Enteignungsverfahrens bekanntgemacht ist:

Zugunsten des Lippeverbandes in Essen für das Unternehmen Deichaufhöhung am Hammbach von km 1,34 bis km 2,52 in Dorsten im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Münster 1983, Seite 145.

Düsseldorf, den 18. Juli 1983

Der Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Nordrhein-Westfalen

In Vertretung: Dr. Ebert

- GV. NW. 1983 S. 302.

Öffentliche Bekanntmachung über

eine Nachtragsgenehmigung vom 25. Mai 1983 für den Forschungsreaktor FRJ – 2 (DIDO) der Kernforschungsanlage Jülich GmbH (Nachtrag zu den Bescheiden Nr. 7/9 – KFA – FRJ – 2 und Nr. 9/67) Datum der Bekanntmachung: 29. August 1963

Gemäß §§ 15 Abs. 3 und 17 der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. März 1982 (BGBL I S. 411) wird folgendes bekanntgegeben:

Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen und der Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen haben der Kernforschungsanlage Jülich GmbH, Jülich, am 25. Mai 1983 mit dem Nachtrag zu den Bescheigung nur 25. Mai 1983 mit dem Nachtrag zu den Bescheigung zur Erweiterung des Betriebs der Beckenanlage in der Technikumshalle des FRJ – 2 erteilt. Der verfügende Teil des Bescheids hat folgenden Wortlaut:

"Aufgrund des § 7 des Atomgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Oktober 1976 (BGBl. I S. 3053), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. August 1980 (BGBl. I S. 1556), wird der

Kernforschungsanlage Jülich GmbH (KFA) in Jülich

auf ihren Antrag vom 7. Januar 1983 die Genehmigung erteilt, den Reaktor FRJ – 2 auch dann weiter zu betreiben, wenn in der Technikumshalle 52 Brennelemente des Forschungsreaktors FRM in Garching bei München gemäß dem im weiteren folgenden Genehmigungswortlaut verwendet werden.

Auf gleichen Antrag hin wird der KFA in Jülich gemäß § 9 des Atomgesetzes die Genehmigung erteilt, in Erweiterung der Genehmigung Nr. 9/67 vom 2. Juni 1981 nunmehr bis zum 31. März 1986 weitere 52 abgebrannte Brennelemente aus maximal 4 Transporten aus dem Forschungsreaktor FRM in Garching bei München bis zum Weitertransport in die USA in der Technikumshalle des Reaktors FRJ-2 entsprechend den Festlegungen in den in Abschnitt B dieses Bescheides aufgeführ ten Unterlagen zu verwenden.

Die Verwendung erstreckt sich auf die Abtrennung des kernbrennstofffreien Teils, auf die Zwischenlagerung der Brennelemente von maximal 3 Monaten und die Handhabung der anfallenden Abfallstücke der Brennelemente zum Rücktransport nach München."

Der Nachtragsbescheid ist mit Auflagen verbunden, die u.a. vorschrieben, daß die Art der Verwendung der FRM-firennelemente, entsprechend der für die Reaktoren FRJ-1 und FRJ-2 in Jülich genehmigten Verwendung zu erfolgen hat. Darüber hinaus werden Anzeigeverpflichtungen vorgeschrieben, die den ausnahmslosen Abtransport der brennstoffhaltigen Brennelementteile sowie der brennstofffreien Abfallteile belegen.

ir Ochrenmurgungsocs helfsbelehrung:

"Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage erhoben werden. Die Klage ist bei dem Verwaltungsgericht in 5100 Aachen 1, Franzstr. 49, schriftlich einzureichen oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu erklären.

Falls die Frist durch das Verschulden eines Bevollmächtigten versäumt werden sollte, so würde dessen Verschulden dem Vollmachtgeber zugerechnet werden.

Eine Ausfertigung des Bescheides einschließlich seiner Begründung ist vom Tage nach der Bekanntmachung an zwei Wochen während der Dienststunden

a) im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf, Horionplatz 1, Anmeldung beim Pförtner

(Dienststunden: montags bis freitags von 8.00 bis 16.30 Uhr)

und

 b) in der Stadtverwaltung Jülich, Zimmer 309, 3. Oberge-schoß des neuen Rathauses, Große Rurstraße 17 (Gebäude Gesundheitsamt)

Dienststunden: montags bis mittwochs 7.30–12.30 und 13.30–17.00 Uhr

donnerstags

7.30-12.30 und 13.30-18.00 Uhr

freitags

7.30-12.30 Uhr

zur Einsicht ausgelegt.

Mit dem Ende der Auslegungsfrist gilt der Bescheid auch gegenüber Dritten, die keine Einwendungen erhoben haben, als zugestellt. Dieser Zeitpunkt ist für den Beginn der Klagefrist maßgebend.

> Der Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen

> > Im Auftrag Dr. Focke

Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen

> Im Auftrag Dr. Jacquemin

> > - GV. NW. 1983 S. 302.

Einzelpreis dieser Nummer 1,80 DM

Bestellungen, Anfragen usw sind an den August Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für Descenungen, Antragen usw sind an den August Baget Vertag zu richten Anschrift und Telefonnummer wie folgt für
Abennemtsbestellungen: Grafenberger (0211) 6688/238 (8.00–12.30 Uhr), 4000 Düsseldorf i
Bezugspreis halbjahrlich 41.30 DM (Kalenderhalbjahr) Jathesbezug 82,60 DM (Kalenderjahr), zahlber im voraus Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30 4. bzw. 31. 10. für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim Verlag vorliegen

Die genannten Preise enthalten 7% Mehrwertsteuer

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 82. Tel (0211) 6888/241, 4000 Dusseldorf i

Einzellieferungen gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügt. Versandkosten (je nach Gewicht des Blattes), mindigtens jedoch DM 0,80 auf das Postacheckkonto Köln 8516-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Gesetz und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteijahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein Westfalen, Haroldstraße 5, 4000 Düsseldorf I Verlag und Vertrieb: August Bagel Verlag, Grafenberger Allee 82, 4000 Düsseldorf 1 Druck A. Bagel, Graphischer Großbetrieb, 4000 Düsseldorf 1 ISSN 0340-661 X